

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Byrte Janßen bis TOP 7
Ausschussmitglied Jasmin Tegge

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Björn Heinisch
Ausschussmitglied Howard Jacques
Ausschussmitglied Hermann Stolle

Mitglied Gruppe Grüne/WBV/Piraten

Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Stellv. Ausschussvorsitzende Katja Breuer

Mitglied BASU-Fraktion

Grundmandat Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Grundmandat Frank Uwe Walpurgis

es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Jörn Felbier

von der Verwaltung

Jens Stoffers	Erster Stadtrat
Gerd-Dieter Mönck	Fachbereichsleitung 10
Ellen Seehausen	Gleichstellungsbeauftragte
Dagmar Müller	Protokollführerin
Leo Weidemann	Stadtinspektoranwärter
Katrin Hartmann	Verwaltungsfachangestellte Auszubildende

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 20.02.2012 und vom 23.04.2012
- 4 **Vorlagen an den Verwaltungsausschuss**
- 4.1 Richtlinie zur Qualifizierung für die Übertragung von Ämtern der **166/2012** Besoldungsgruppe A 14 durch Beförderung

Ausnahmen vom Einstellungsstopp

- 4.2 Einstellung von Auszubildenden zum 01.08.2013 **161/2012**
- 5 Aufgabendarstellung der Gleichstellungsbeauftragten
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Personalkostenbericht/Budgetbericht 10

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Becker** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 20.02.2012 und vom 23.04.2012

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 20.02.2012 wurde bei einer Stimmenthaltung wegen Nichtteilnahme genehmigt.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 23.04.2012 wurde bei vier Stimmenthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Richtlinie zur Qualifizierung für die Übertragung von Ämtern der Besoldungsgruppe A 14 durch Beförderung 166/2012

Herr Becker stellte kurz die Vorlage vor.

Herr Jacques äußerte, dass die Verwaltung bessere Erfahrungen machen würde, wenn sie junge, neue und studierte Leute für diese Tätigkeiten einstellen würde.

Frau Weinstock bat die Verwaltung um mehr Hintergrundinformationen. **Herr Stoffers** verdeutlichte, dass es bei dieser Vorlage nur um Beamte ginge. Er erklärte die früheren Voraussetzungen für einen Wechsel vom gehobenen in den höheren Dienst. Durch neue Gesetzgebung gäbe es statt vier nur noch zwei Laufbahngruppen. Die Stadt wolle diese neue Richtlinie zur Qualifizierung für die Übertragung von Ämtern der Besoldungsgruppe A 14 schaffen, damit besonders qualifizierten Personen die Möglichkeit einer solchen Beförderung beruhend auf Transparenz und Einheitlichkeit geboten werden könne. **Herr Stoffers** unterstrich, dass die Politik ein negatives Signal aussenden würde, diesem Personenkreis die Chance zu nehmen, bei der Stadt Wilhelmshaven weiter voranzukommen. Ohne diese Möglichkeit der Qualifizierungsrichtlinie sei nicht auszuschließen, dass sich entsprechende MitarbeiterInnen anders orientieren würden, da alle Kommunen einen Bedarf an gut qualifizierten MitarbeiterInnen hätten.

Nach kurzer Diskussion baten die Ausschussmitglieder um Unterbrechung der Sitzung zwecks Beratung.

Anschließend bestätigte **Herr Stoffers** auf Nachfrage von **Herrn Jacques**, dass jede Beförderung dieser Art personifiziert im Personal- und Gleichstellungsausschuss sowie im Verwaltungsausschuss beraten werden würde. **Frau Breuer** äußerte, dass sie es eher förderlich fände, wenn verwaltungsinterne MitarbeiterInnen, die sich über lange Zeit dargestellt, positioniert und fortgebildet hätten, auch die Chance erhielten, befördert zu werden.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt -

Der Richtlinie zur Qualifizierung für die Übertragung von Ämtern der Besoldungsgruppe A 14 durch Beförderung wird zugestimmt.

4.2 Einstellung von Auszubildenden zum 01.08.2013**161/2012**

Herr Becker stellte die Vorlage vor.

Frau Weinstock bat um Information, ob diese Vorlage anders wäre als die aus den Vorjahren. **Herr Stoffers** griff die Frage auf und verdeutlichte, dass die Verwaltung in den letzten Jahren ein sehr strenges Personalkostenkonzept umgesetzt habe. Dadurch sei der Kostenausweitung entgegengewirkt worden, die Zahl der MitarbeiterInnen sei in bestimmten Bereichen verringert worden, es sei aber auch das Durchschnittsalter stark angestiegen. Man sei jetzt an einem Punkt angekommen, wo die Verwaltung dringend nachrüsten müsse. Seit zwei oder drei Jahren habe die Verwaltung die Ausbildungszahlen erhöht. Die Übersichtstabelle, die der Vorlage beigelegt worden sei, zeige, wie dringend Personal gebraucht werde.

Nach einigen kurzen Nachfragen stimmte der Ausschuss ab.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Einstellung von bis zu

- **sieben** **Stadtinspektoranwälter/-innen**
- **zwei** **Stadtsekretäranwälter/-innen**
- **vier** **Verwaltungsfachangestellten**
- **einer/einem Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste**

zum 01.08.2013 wird zugestimmt.

5 Aufgabendarstellung der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Seehausen stellte die rechtlichen Grundlagen, die Aufgaben sowie die Beteiligungsrechte einer Gleichstellungsbeauftragten anhand einer Powerpoint-Präsentation vor. Diese befindet sich in der Anlage zum Protokoll.

Nach kurzen Rückfragen bedankten sich die Ausschussmitglieder für diese Informationen.

6 Mitteilungen und Anfragen6.1 Personalkostenbericht/Budgetbericht 10

Herr Mönck informierte den Ausschuss anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage) über die Personalkostenentwicklung bis zum Jahresende sowie über die Produkte des Fachbereichs Zentrale Dienste.

Die aktuelle Hochrechnung zum 30.04.2012 ergäbe für dieses Jahr Mehrausgaben in Höhe von 800.000 € im Kernhaushalt Stadt ohne Bürgerarbeit und „Lüneburgstunden“. Gründe hierfür wären der vergleichsweise hohe Tarifabschluss 2012, steigende Kosten für Versorgungsumlagen und -rücklagen bei der Versorgungskasse Oldenburg sowie die Einrichtung neuer bzw. Besetzung freiwerdender Stellen, die ursprünglich nicht eingeplant waren. Dies sind z.B.: Verwaltungsstelle Sengwarden, Zentrale Vergabestelle und Ordnungsdienst (3 von 4 Stellen bereits besetzt). **Herr Mönck** bestätigte, dass die Zahlen aus der nächsten Hochrechnung zum 31.08.2012 erfahrungsgemäß sehr stabil seien. Es sei jedoch abzusehen, dass es 2012 nicht ohne Nachbewilligung bzw. Nachtragshaushalt gehen würde.

Die Ausschussmitglieder ließen sich nähere Angaben über die Zentrale Vergabestelle, Versorgungsumlagen und Bürgerarbeit geben. Sie diskutierten über Maßnahmen, Trägerschaft und Förderung der Bürgerarbeit.

Nach ausführlicher Erklärung über den derzeitigen Stand der „Lüneburgstunden“ der Feuerwehr erläuterte **Herr Mönck** ferner die Kostendarstellung für das Jobcenter und der GAQ. Die Ausschussmitglieder nahmen Kenntnis.

Im Anschluss daran informierte **Herr Mönck** über den Budgetbericht des Fachbereichs Zentrale Dienste. Anhand einer weiteren Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage) wurden die Produkte nach „internen“ (ureigenen Aufgaben) sowie „externen“ Produkten dargestellt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:05 Uhr

Jens Stoffers
Erster Stadtrat

Stefan Becker
Ausschussvorsitzender

Dagmar Müller
Protokollführerin